

Antrag

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

und

Stellungnahme

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Bilanz und Perspektive der Arbeit des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. mit welchem Auftrag und welchen Zielen sie den Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ eingesetzt hat;
2. wie sich der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ zusammensetzt und welche Arbeitsstrukturen ihn begleiten bzw. unterstützen;
3. wie viele Sitzungen des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ bislang stattgefunden haben und welche inhaltlichen Schwerpunkte und Ergebnisse diese Sitzungen jeweils hatten;
4. welche Aktivitäten und Maßnahmen der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ sowie die im Landeskriminalamt angesiedelte Task-Force „Gegen Hass und Hetze“ bislang entfaltet bzw. umgesetzt haben;
5. welche Aktivitäten und Maßnahmen der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ sowie die im Landeskriminalamt angesiedelte Task-Force „Gegen Hass und Hetze“ derzeit planen bzw. vorbereiten;

6. wie sie die Bilanz und Perspektive der Arbeit des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ zur Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode insgesamt beurteilt bzw. einschätzt.

16.11.2023

Andreas Schwarz, Hildenbrand
und Fraktion

Hagel, Gehring
und Fraktion

Begründung

Die grün-schwarze Landesregierung misst der Bekämpfung von Hasskriminalität eine große gesellschaftspolitische Bedeutung bei und räumt ihr eine hohe innenpolitische Priorität ein. Der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“, der am 16. November 2021 zu seiner ersten Sitzung zusammengekommen ist, verdeutlicht dies in herausragender Weise. Sein ressortübergreifender Ansatz ermöglicht es, die verschiedenen Maßnahmen in den Bereichen Strafverfolgung, Prävention, Bildung und Beratung im Sinne eines ganzheitlichen Aktionsplans gegen Hasskriminalität zu bündeln, zu koordinieren und weiterzuentwickeln. Der vorliegende Antrag möchte die Bilanz und Perspektive der Arbeit des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ zur Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode in den Fokus rücken.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 11. Dezember 2023 Nr. IM3-0141.5-350/137 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration und dem Ministerium der Justiz und für Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. mit welchem Auftrag und welchen Zielen sie den Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ eingesetzt hat;

Zu 1.:

Die Bekämpfung von Hasskriminalität ist ein prioritäres Ziel der Landesregierung. Die Einrichtung des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ ist bereits im Koalitionsvertrag der die Regierung tragenden Parteien angelegt.

Das ressortübergreifende Gremium soll an der Vorbereitung von Kabinettsentscheidungen mitwirken sowie zukunftsorientierte Zielvorstellungen und konkrete Handlungsempfehlungen für den Kampf gegen Hass und Hetze erarbeiten. Ziel des Kabinettsausschusses ist es vor diesem Hintergrund, Maßnahmen zu bündeln und zusammenzuführen, Schwachstellen zu identifizieren und zu beheben und auch stärker in die Gesellschaft hinein zu sensibilisieren.

Davon ausgehend erfolgte zu Beginn der ressortübergreifenden Arbeit zunächst eine Bestandsaufnahme über die bereits bestehenden Programme und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Hass und Hetze. Diese diene als Basis für die Identifizierung weiterer erforderlicher Bausteine im Kampf gegen Hass und Hetze.

2. *wie sich der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ zusammensetzt und welche Arbeitsstrukturen ihn begleiten bzw. unterstützen;*

Zu 2.:

Im Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ sind das Staatsministerium, das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration und das Ministerium der Justiz und für Migration vertreten. Der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus hat ein ständiges Teilnahmerecht an den Sitzungen.

Den Vorsitz des Kabinettsausschusses führt der Stellvertretende Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, Herr Thomas Strobl. Im Falle seiner Verhinderung wird er von der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Theresa Schopper, vertreten.

Darüber hinaus können im Rahmen der Sitzungen des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ auch Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften oder der Zivilgesellschaft eingeladen und als Experten zu spezifischen Themen gehört werden. Ergänzend hierzu können interministerielle Arbeitsgruppen auf Fachebene zur Bearbeitung von Einzelthemen eingesetzt werden.

Für die Arbeitsweise, die Durchführung der Sitzungen und die Art der Beschlussfassung gelten die Regelungen der Geschäftsordnung für den Kabinettsausschuss vom 16. November 2021. Die Zuständigkeit der Ressorts für die Bearbeitung der jeweiligen Vorhaben und Themen bleibt durch die Befassung im Kabinettsausschuss unberührt.

Die Geschäftsstelle des Kabinettsausschusses ist im Innenressort, in der Koordinierungsstelle „Präventiv und offensiv gegen Hasskriminalität, Antisemitismus und Extremismus“ (KoSt PolAr), angesiedelt. Die Mitglieder des Kabinettsausschusses haben in ihren Zuständigkeitsbereichen Ansprechpartner benannt, die in ständigem Kontakt mit der Geschäftsstelle stehen.

Im Zusammenhang mit der Einsetzung des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ wurde beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) eine „Task Force gegen Hass und Hetze“ eingerichtet, die gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ der Geschäftsstelle untersteht. Über die Besetzung der „Task Force gegen Hass und Hetze“ entscheidet der Kabinettsausschuss.

Die „Task Force gegen Hass und Hetze“ soll einschlägige Bedrohungen im Bereich Hass und Hetze feststellen und diesen entgegenwirken. Neben dem LKA BW sind deshalb auch die Landesanstalt für Kommunikation, die Landeszentrale für politische Bildung, das Landesamt für Verfassungsschutz, das Institut für Bildungsanalysen, das Demokratiezentrum, das Landesmedienzentrum sowie das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Mitglieder der Task Force. Die Task Force arbeitet darüber hinaus mit einer Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Partnern zusammen, die mitunter die Umsetzung von Maßnahmen unterstützen, und baut dieses Netzwerk auch kontinuierlich aus.

3. wie viele Sitzungen des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ bislang stattgefunden haben und welche inhaltlichen Schwerpunkte und Ergebnisse die Sitzungen jeweils hatten;

Zu 3.:

Gemäß § 1 der Geschäftsordnung des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ soll der Kabinettsausschuss grundsätzlich zweimal pro Jahr zusammentreten. Seit der Einsetzung des Kabinettsausschusses wurden in der Gesamtsumme fünf Sitzungen abgehalten; davon vier Regelsitzungen sowie eine Sondersitzung.

Die erste Sitzung des Kabinettsausschusses fand am 16. November 2021 (in Form einer Online-Veranstaltung) statt.

Den inhaltlichen Schwerpunkt bildete die Vorstellung der organisationalen Grundstruktur. Im Rahmen der Sitzung unterstrich der Kabinettsausschuss die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Sichtbarmachung und wirksamen Bekämpfung jeglicher vorurteilsmotivierten Hasskriminalität. Durch den Kabinettsausschuss wurde festgestellt, dass das in der Geschäftsordnung verankerte Vorgehen einen wichtigen Schritt mit Blick auf die bereits getroffenen Maßnahmen und festgestellten Handlungsbedarfe zur ressortübergreifenden Bekämpfung von Hass und Hetze darstellt.

In seiner ersten Sitzung hat der Kabinettsausschuss auch die Einrichtung der „Task Force gegen Hass und Hetze“ initiiert. Sie soll einschlägige Bedrohungen im Bereich Hass und Hetze feststellen, sie mit bisherigen Maßnahmen abgleichen und bei Bedarf neue Wege zu deren Bekämpfung gehen. Diese Task Force wurde beim LKA BW angesiedelt, der Fokus geht aber über rein polizeiliche Themen hinaus, was sich in der oben genannten Besetzung widerspiegelt. So liegt ein Hauptaugenmerk auch auf der Stärkung der Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger.

Die zweite Sitzung fand am 5. April 2022 (ebenfalls in Form einer Online-Sitzung) statt.

Im Zuge der Sitzung wurde die gemeinsam erarbeitete Arbeitsdefinition zu „Hass und Hetze“ vorgestellt. Diese dient den Mitgliedern zur inhaltlichen Orientierung für die Arbeit im Kabinettsausschuss und soll das Handlungsfeld umreißen. Zudem soll die Arbeitsdefinition ein einheitliches Grundverständnis etablieren und eine Grundlage für die Handlungsfelder der „Task Force gegen Hass und Hetze“ bilden. Ferner gaben die Mitglieder das entworfene Signet für die ressortübergreifende Verwendung in Bezug auf die Arbeit des Kabinettsausschusses frei. Durch die Teilnehmenden wurden zudem die inhaltlichen und strukturellen Maßnahmen zur Umsetzung der ersten konzipierten Arbeitspakete vorgestellt. Die Geschäftsstelle informierte über die Planungen für eine Social-Media-Kampagne als Auftakt des gemeinsamen Vorgehens gegen Hass und Hetze. Zur künftigen Koordinierung der Projekte legte sich das Gremium auf eine turnusmäßige Sachstandsabfrage und die Anmeldung von neuen Projekten mittels eines einheitlichen Erfassungsbogens fest.

Der Kabinettsausschuss hat zu diesem Zeitpunkt insgesamt 15 konkrete Arbeitspakete aus den drei Arbeitsfeldern

- Meldestellen und Beratungsangebot,
- Fortbildung, Prävention und Medienbildung sowie
- Forschung

entwickelt und gebündelt, die in der Folge zur Umsetzung gebracht werden.

Am 15. November 2022 fand die dritte Sitzung (in Präsenz) statt. Inhaltlicher Schwerpunkt bildete einerseits die Darstellung der jeweiligen Sachstände zu den jeweiligen Arbeitspaketen. Insgesamt wurde die Anzahl auf 21 Arbeitspakete gesteigert; sechs Arbeitspakete konnten bis zur dritten Sitzung abgeschlossen werden.

Des Weiteren wurde die Durchführung von Fachtagen – als geeignetes Mittel zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie des Fachpublikums für die Anliegen des Kabinettsausschusses – beschlossen.

Am 10. Januar 2023 fand – entsprechend § 5 der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 – die erste turnusmäßige Unterrichtung des Ministerrats im Rahmen der Kabinettsitzung statt.

Am 28. Februar 2023 fand eine Sondersitzung des Kabinettsausschusses mit Vertretern der baden-württembergischen Kommunalen Spitzenverbände statt. Hier lag der Fokus auf dem Schutz von Angehörigen aus Kommunalpolitik und kommunaler Verwaltung. Bei dem Austausch wurden vor allem Maßnahmen zum Schutz von Amts- und Mandatspersonen diskutiert, um weitere mögliche Handlungsfelder zu identifizieren und die kooperative Zusammenarbeit weiter zu stärken.

Am 28. November 2023 fand die vierte Sitzung statt. Nach den Terroranschlägen der radikalislamischen Hamas gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 bildete die Sicherheitslage und das damit verbundene Sicherheitsgefühl von Jüdinnen und Juden in Baden-Württemberg den thematischen Schwerpunkt. Zu der Sitzung wurden als externe Gäste die Generalkonsulin des Staates Israel in Süddeutschland, Frau Talya Lador-Fresher, der Vorstandsvorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft (IRG) Baden, Herr Rami Suliman, das Mitglied des Vorstands der IRG Württemberg, Herr Michael Kashi (stellvertretend für die Vorstandssprecherin der IRG Württemberg, Frau Prof. Barbara Traub M. A.), sowie die beiden Polizeirabbiner der Polizei Baden-Württemberg, Herr Moshe Flomenmann und Herr Shneur Trebnik, begrüßt. In diesem Zusammenhang wurde durch den Kabinettsausschuss eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Entschlossen gegen Hass und Hetze – Einigkeit und Solidarität: Für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden sowie des jüdischen Lebens in Baden-Württemberg und gegen Antisemitismus“ verabschiedet.

4. welche Aktivitäten und Maßnahmen der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ sowie die im Landeskriminalamt angesiedelte Task-Force „Gegen Hass und Hetze“ bislang entfaltet bzw. umgesetzt haben;

Zu 4.:

Seit Einsetzung des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ wurden insgesamt 30 Arbeitspakete initiiert und davon bereits 14 abgeschlossen. Die Arbeitspakete umfassen teilweise eine Vielzahl an Einzelmaßnahmen. Im Folgenden werden die abgeschlossenen Arbeitspakete nach Ressortzuständigkeit aufgeführt:

Staatsministerium Baden-Württemberg

– Demokratiekonferenz 2023

Der Kanton Aargau und das Land Baden-Württemberg veranstalteten gemeinsam mit den Partnerstädten Aarau und Reutlingen am 23. und 24. November 2023 die siebte Demokratiekonferenz. Sie diente dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu Fragen der demokratischen Beteiligung und Praxis. Am ersten Tag der Konferenz spielte der Umgang mit Hate Speech und Fake News eine tragende Rolle bei den Workshops. Die Konferenz wurde unterstützt vom Landesmedienzentrum Baden-Württemberg. Die Veranstaltung wurde durch die Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung des Staatsministeriums Baden-Württemberg geplant.

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

- Social-Media-Kampagne: „Gemeinsam für Vielfalt und Toleranz in Baden-Württemberg“

Um für das Thema Hass und Hetze in allen Gesellschaftsgruppen umfassend zu sensibilisieren, veröffentlichte der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ im Juli 2022 die Social-Media-Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt und Toleranz in Baden-Württemberg“. Diese warb unter Beteiligung verschiedener Botschafter, darunter Amts- und Mandatstragende, berühmte Sportler, Personen des öffentlichen Lebens aber auch Vertretende der Beamtenschaft wie Lehrkräfte und Vertretende der Justiz, für ein gemeinsames Engagement für Vielfalt und Toleranz in unserer Gesellschaft. Damit verbunden war die Ausschreibung eines Wettbewerbs, der dazu aufrief, eigene Kurzvideos für Toleranz in der Gesellschaft zu erstellen. Gewonnen hat der Bund der Deutschen Katholischen Jugend des Diözesanverbandes Freiburg.

- Das Thema Hasskriminalität stärker in die Aus- und Fortbildung der Polizei verankern

Um das Thema Hasskriminalität besser in der Ausbildung der Polizei zu verankern, wurden die Inhalte des Bildungsprogramms „Richtig ermittelt?! Hasskriminalität und rassistische Gewalt erkennen und verfolgen“ der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in die polizeiliche Ausbildung an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPolBW) implementiert und sowohl für den mittleren Polizeivollzugsdienst (mPVD) als auch für den gehobenen Polizeivollzugsdienst (gPVD) übernommen.

- Benennung von Kontaktpersonen bei den Staatsschutzdienststellen der Polizei

Die Benennung der Kontaktpersonen ist erfolgt und samt deren Aufgabenbeschreibung kommuniziert. Diese verfügen über ein spezialisiertes Wissen hinsichtlich der Bearbeitung, Beratung und Vermittlung bei Fällen der Hasskriminalität und stehen im Austausch mit der Zentralen Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträger (ZAMAT) des LKA BW.

- Durchführung von Aktionstagen in Bezug auf das Themenfeld „Hass und Hetze“

Die „Task Force gegen Hass und Hetze“ führte im zweiten Halbjahr 2022 präventive Aktionstage in Bezug auf das Themenfeld „Hass und Hetze“ durch, die Bürgern die Möglichkeit eröffneten, Onlinebeiträge über den Umgang mit Hasskriminalität zu verfolgen sowie Experten unmittelbar ihre Fragen zu stellen. Am 12. Juli 2023 erfolgte der dritte, repressive Aktionstag „Streife im Netz“, an dem mittels Online-Streifen nach Hasskommentaren in den Social-Media-Auftritten gefahndet wird. Der Aktionstag „Streife im Netz“ wurde grundsätzlich verstetigt und soll künftig zweimal jährlich durchgeführt werden.

- Optimierung der Anzeigenaufnahme durch polizeiinterne Sensibilisierungsmaßnahmen

Für die anzeigenaufnehmenden Polizeidienststellen wurden zur polizeiinternen Sensibilisierung Taschenkarten und Poster als Hilfestellung zur Anzeigenaufnahme bei Hasskriminalität im Internet entwickelt und zugänglich gemacht. Zudem gibt ein Ablaufprozess zur Bearbeitung von Hasskriminalität im Internet Hinweise für eine einheitliche Anzeigenbearbeitung.

- Durchführung eines Fachtags

Am 5. Juli 2022 richtete die KoSt PolAr mit Unterstützung des Kompetenzzentrums gegen Extremismus einen Fachtag mit dem Titel „Klick. Klick. Hass. Das Internet – (K)ein Raum für Hatespeech!“ im Haus der Geschichte in Stuttgart aus. Als Panelteilnehmende waren Personen der Politik, Zivilgesellschaft, Polizei und von Social-Media-Unternehmen eingeladen, um das Spannungsfeld der verschiedenen Interessen aufzuzeigen und miteinander zu diskutieren.

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

- Studie zu Hass und Hetze im Internet gegen Kommunalpolitikerinnen

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg hat eine Studie zu Hass und Hetze im digitalen Raum gegen Kommunalpolitikerinnen von der Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt in der Reihe der Gesellschaftsreporte durchführen lassen. Der Gesellschaftsreport wurde unter dem Titel „Hatespeech gegen Kommunalpolitikerinnen in Baden-Württemberg“ im Oktober 2023 veröffentlicht. Die Studie hat ergeben, dass Kommunalpolitikerinnen im Vergleich zu männlichen Mandats- und Amtsträgern in besonderem Maße von Hassrede im Internet als einer Unterform der digitalen Gewalt betroffen sind.

- Fachtag „Geschlecht und Hass im digitalen Raum. Das Internet – (K)Ein Ort für Sexismus und Hatespeech“

Am 27. Oktober 2023 richtete das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg einen Fachtag mit dem Titel „Geschlecht und Hass im digitalen Raum. Das Internet – (K)Ein Ort für Sexismus und Hatespeech“ aus. Ziel war es, zu diesem relevanten Thema sowohl Expertinnen und Experten aus Politik und Zivilgesellschaft sowie auch Betroffenen eine Plattform zum Austausch zu bieten. Des Weiteren wurde die Studie der Familienforschung Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg zur Betroffenheit durch Hass und Hetze im digitalen Raum von Kommunalpolitikerinnen vorgestellt.

Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg

- Einrichtung einer Anlaufstelle für Betroffene von Hassbotschaften aus dem Bereich der Justiz

Im Personalreferat des Ministeriums der Justiz und für Migration Baden-Württemberg wurde eine Ansprechperson für von Hassangriffen betroffene Justizangehörige benannt, die diese berät und unterstützt. Auch wurde eine Diskussionsplattform im Intranet zum Austausch unter betroffenen Justizangehörigen errichtet sowie eine Handreichung für die Justizpraxis zu typischen Fallgestaltungen von Hate Speech und konkreten Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt.

- Das Thema Hasskriminalität stärker in die Aus- und Fortbildung der Justiz verankern

Seit Ende 2022 besteht das Angebot der spezifischen Fortbildungsveranstaltung „Der Umgang mit Hasskriminalität in der Justiz“. Es erfolgt eine fortlaufende Evaluation. Mitte des Jahres 2023 wurde die Veranstaltung in das regelmäßig wiederkehrende Fortbildungsangebot der Justiz aufgenommen.

Task Force gegen Hass und Hetze

- Prüfung/Bündelung von Meldestellen gegen Hasskriminalität

Vorhandene Meldestellen wurden gesichtet, beurteilt und zusammengestellt. Die Bündelung erfolgte unter anderem auf der Landing-Page „Initiative Toleranz im Netz“.

- Prüfung und Bündelung bestehender Präventionsangebote im Bereich Hass und Hetze

Vorhandene Präventionsangebote wurden gesichtet, beurteilt und zusammengestellt. Die Bündelung erfolgte unter anderem auf der Landing-Page „Initiative Toleranz im Netz“.

- Erstellung und Gestaltung einer Landing-Page

Die Landing-Page „Initiative Toleranz im Netz“ ist seit dem 26. Juli 2022 online gestellt. Die weitere Aktualisierung und Pflege der Präventionsangebote auf der Landing-Page stellt nun eine Daueraufgabe der Task Force in der Geschäftsstelle beim LKA BW dar.

- Erhebung des aktuellen Forschungsstandes im Zusammenhang mit „Hass und Hetze“

Im Jahr 2022 wurde der damalige aktuelle Forschungsstand zum Thema „Hass und Hetze im Internet“ durch die Landeskriminalprävention beim LKA BW erhoben und die Synopse „Hass und Hetze im Netz – Synopse zum aktuellen Forschungsstand im Zusammenhang mit Hass und Hetze im Netz“ erstellt (Stand: Oktober 2022). Diese wurde den Mitgliedern der Unterarbeitsgruppe Monitoring/Wissenschaft im Februar 2023 zur Verfügung gestellt.

- Angebotsübersicht für Betroffene von Hass und Hetze

Nach der Sichtung und Zusammenstellung passender Opferschutzangebote erfolgte eine Zusammenstellung auf einem Faltblatt und die Veröffentlichung auf der Landing-Page „Initiative Toleranz im Netz“. Der Flyer wurde ebenfalls gedruckt und an die Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst versendet, sodass er Betroffenen ausgehändigt werden kann.

Zusätzlich zu den formalen Arbeitspaketen wurden durch die „Task Force gegen Hass und Hetze“ nachstehende Maßnahmen bzw. Aktivitäten umgesetzt:

- Intensivierte Öffentlichkeitsarbeit
 - Im Juli 2022 wurden im Rahmen diverser Anfragen, insbesondere infolge der Reportage des ZDF-Magazins „Royale“ durch Jan Böhmermann, mehrere Interviews zum Themenkomplex Hasskriminalität gegeben (u. a. BigFM, Bundesverband der Psychotherapeuten, Schwarzwälder Bote).
 - Am 5. Juli 2022 erfolgte die Aufzeichnung einer Folge der Reihe „Lug und Trug“ zum Thema Hasskriminalität bei AV Media für den SWR. Die Ausstrahlung ist im September 2022 erfolgt. Für zwei weitere Staffeln der Reihe „Lug und Trug“ fanden erste Gespräche am 3. September 2022, die Aufzeichnung sodann am 10. Oktober 2022 statt. Die „Task Force gegen Hass und Hetze“ beteiligte sich mit dem Thema „Mediale Gewalt an Frauen“.
 - Nach der Bewerbung der Videoclips „Lauter! Stärker! #aktivgegenHassundHetze“ beim DPOK wurden die Clips in zwei Kategorien (Kampagne mit kleinem Budget; Equality & Inclusive Communications) für die Shortlist nominiert. Diesbezüglich wird die Kampagne am 30. Juni 2023 in Berlin im Rahmen zweier Pitches vor einer Jury präsentiert.
 - Mehrere Kooperationen mit Unternehmen, u. a.
 - Zusammenarbeit mit der Telekom aufgrund deren Kampagne „Gemeinsam gegen Hass im Netz“ sowie mit
 - Pro7 und Sat1 bzgl. Joko & Klaas „Männerwelten“ und Akte „meet your hater“;
 - gemeinsames Interview mit der Influencerin Kim Beck von Handysektor zum Thema „Hasskriminalität“ und Ausstrahlung am Tag des Opferschutzes am 23. November 2022.

– Fortbildung

- Am 1. August 2022 erfolgte die Teilnahme am Projekt der Baden-Württemberg-Stiftung für Demokratiebildung an Schulen. Hierbei geht es um die Etablierung von demokratischem Verständnis an Schulen. Die Task Force agierte dort in beratender Funktion. Das Projekt „Safer“ wird durch die Landeszentrale für politische Bildung umgesetzt.
- Fortbildungen bei der Bundeswehr zu „Hasskommentaren, Fake-Profilen, Verschwörungsmmythen und verbotenen Inhalten in Chatnachrichten“ anlässlich deren Woche der politischen Bildung am Standort Donaueschingen.
- Die Geschäftsstelle der „Task Force gegen Hass und Hetze“ beteiligte sich am Stand von ProPK an der Bildungsmesse „didacta“ vom 7. bis 11. März 2023.
- Auf Anfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde am 17. März 2023 ein Workshop zum Umgang mit Hass im Netz für Amts- und Mandatsträger und Ehrenamtliche angeboten.
- Im Rahmen der Besichtigung des Hotels Silber in Stuttgart erhielt eine Klasse von Polizeischülerinnen und Polizeischülern durch die Geschäftsstelle der Task Force einen Impuls und in der Folge einen Vortrag zum Thema Hass und Hetze im Netz, verbotene Chatinhalte und Verschwörungserzählungen.
- Am 25. Oktober 2023 erfolgte bei der Volkshochschule Schwäbisch Hall ein Vortrag zum Thema Hass und Hetze und zu den aktuellen Entwicklungen des Nahost-Konflikts.

– Forschung und internationale Zusammenarbeit

- Für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie für Antirassismus (Staatsministerin Reem Alabali-Radovan) setzte das IMA das Projekt „Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass – gemeinsam Entscheidungsträger/-innen stärken“ (KommA) um. Die Leiterin der Task Force gegen Hass und Hetze wurde in den Fachbeirat berufen.
- Die Geschäftsstelle der Task Force referierte am 21. September 2023 zusammen mit der Landeskriminalprävention bei einem Seminar im Europäischen Parlament in Straßburg zu Hasskriminalität: Erscheinungsformen und Bekämpfung in Deutschland, Frankreich sowie auf Ebene der EU.
- Teilnahme am Europäischen Netzwerktreffen der EU und des österreichischen Bundesinnenministeriums mit dem Titel „Awareness raising campaigns on combating hate crime and hatespeech“ am 13. und 14. November 2023 mit Vorstellung der Maßnahmen und Zusammenarbeit der Task Force mit staatlichen und nichtstaatlichen Partnern bzw. der Bedeutung einer Evaluation für die erfolgreiche Kampagnenarbeit.

5. *welche Aktivitäten und Maßnahmen der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ sowie die im Landeskriminalamt angesiedelte Task-Force „Gegen Hass und Hetze“ derzeit planen bzw. vorbereiten;*

Zu 5.:

Im Folgenden werden die in Bearbeitung, Vorbereitung bzw. in Planung befindlichen Aktivitäten bzw. Maßnahmen des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ nach Ressortzuständigkeit aufgezeigt:

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

- Kandidierende bei politischen Wahlen vor Hass, Hetze und Übergriffen schützen durch Prüfung von Adressangaben auf Wahlscheinen und Wahlbekanntmachungen

Mit der am 1. August 2023 in Kraft getretenen Änderung der Kommunalwahlordnung ist diese Maßnahme des ressortübergreifenden Kabinettsausschusses teilweise umgesetzt. Künftig wird bei den Kommunalwahlen auf die Angabe der vollständigen Adresse der Kandidaten auf Wahlbekanntmachungen und Stimmzetteln verzichtet. Dadurch werden Kandidaten bei den Kommunalwahlen im Jahr 2024 besser vor Hass und Hetze geschützt. Eine entsprechende Novellierung der Landeswahlordnung soll rechtzeitig vor der im Jahr 2026 anstehenden Landtagswahl geprüft und umgesetzt werden.

- Das Thema Hasskriminalität stärker in die Aus- und Fortbildung der Polizei verankern

Die Konzipierung der elektronischen Lernanwendung (eLA) wurde durch das Kompetenzzentrum gegen Extremismus Baden-Württemberg (konex) übernommen und wird im Rahmen eines Arbeitskreises mit weiteren Beteiligten vorangetrieben. Zudem wird die Erarbeitung eines auf der elektronischen Lernanwendung aufbauenden vertiefenden Bildungsangebots „Hasskriminalität“ in Präsenz und mit dem Schwerpunkt Bearbeitung sowie rechtliche Schwerpunkte von Hasskriminalität geprüft.

- Forschungsprojekt zu individuellen Folgen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Hasskriminalität

Im Koalitionsvertrag der die Regierung tragenden Parteien ist die Initiierung eines Forschungsprojekts zur Untersuchung der individuellen Folgen und der gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen von Hasskriminalität in Baden-Württemberg festgeschrieben (vgl. S. 97). Im Zuge der zweiten konstituierenden Sitzung wurde durch die Mitglieder des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ festgestellt, dass für die Realisierung des Forschungsprojekts die Beauftragung einer wissenschaftlichen Einrichtung notwendig ist.

Die für die Durchführung des Forschungsprojektes benötigten Finanzmittel wurden als Mehrbedarfe für die Haushaltsplanaufstellung 2023/2024 eingebracht, jedoch abschlägig beschieden. Im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung des konex wurden einige Fragen zur Betroffenheit von Hasskriminalität in Baden-Württemberg integriert. Diese befinden sich derzeit noch in der Auswertung. Die Erhebung stellt einen ersten Schritt zur Aufhellung des Dunkelfeldes dar.

- Delegationsreise und Kooperationsvereinbarung Yad Vashem

Organisation einer Fortbildungsreise durch die KoSt PolAr gemeinsam mit dem konex. Schwerpunkt lag auf der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Neben den beiden Polizeirabbinern nahmen Vertretende des Staatsministeriums, des LKA, des Landespolizeipräsidiums, der HfPol BW und Ermittlerinnen und Ermittler der Staatsschutzdienststellen der regionalen Polizeipräsidien an der Bildungsreise teil. Für das Jahr 2024 ist vorgesehen, zwischen der an Yad Vashem angegliederten International School for Holocaust Studies und der Polizei Baden-Württemberg eine Kooperationsvereinbarung zu unterzeichnen. Die Kooperation soll u. a. Inhalte für die Aus- und Fortbildung enthalten.

- Aktionsplan gegen Hasskriminalität

Der digitale Aktionsplan soll die Arbeit des Kabinettsausschusses den Bürgerinnen und Bürgern zeitgemäß nahebringen. Ziel ist es, einen aufwachsenden Aktionsplan zu schaffen, der jedes Arbeitspaket nach und nach in digitalem Format vorstellt, um eine breite Öffentlichkeit vorwiegend über mobile Endgeräte zu errei-

chen. Der Aktionsplan wird als Unterseite der bereits etablierten Landing-Page „Initiative Toleranz im Netz“ eingerichtet werden. Eine Veröffentlichung ist für Anfang 2024 vorgesehen.

- Verstetigung von Netzwerktreffen

Durch die Verstetigung von Netzwerktreffen (z. B. LSBTTIQ, IRGen) sollen die bereits umgesetzten Maßnahmen in Bezug auf die Bekämpfung von Hass und Hetze fortlaufend bewertet und neue Handlungsfelder identifiziert werden. Gleichzeitig soll für verschiedene Interessengemeinschaften Raum für einen Austausch geboten werden. Auch die Strategiepaten der regionalen Polizeipräsidenten sollen dabei zukünftig einbezogen werden.

- Stärkung der Regenbogen-Community, effektiverer Diskriminierungsschutz von LSBTTIQ-Menschen

Um die LSBTTIQ-Gemeinschaft effektiver vor Diskriminierung zu schützen, wurde die Netzwerkarbeit mit Interessenvertretungen der LSBTTIQ-Community intensiviert. Am 6. Februar 2023 fand ein Netzwerktreffen mit verschiedenen Betroffenenorganisationen statt, um Erfahrungen und Bedürfnisse miteinander auszutauschen. Zudem wurde am 26. April 2023 eine vertrauensstärkende Veranstaltung im Vorfeld zu den Christopher-Street-Day-Veranstaltungen (CSD-Veranstaltungen) mit den jeweiligen Organisatoren abgehalten, um sich gemeinsam über die Beurteilung der Gefahrenlage, die Sicherheit rund um die Veranstaltungen zum CSD, den Umgang mit strafrechtlich relevantem Verhalten sowie kommunikative Aspekte auszutauschen. Am 12. Dezember 2023 findet ein Studium Generale unter dem Titel „Vielfältig sicher – Polizei und LSBTTIQ“ an der HfPolBW statt.

- Länderübergreifende Zusammenarbeit Hass und Hetze

Hasskriminalität betrifft Bund und Land gleichermaßen, weshalb der gegenseitige Austausch von Best Practices und die Prüfung gemeinsamer Projekte forciert werden. Vom 21. bis 23. März 2023 fand eine Delegationsreise der Geschäftsstelle des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ nach Wien (Österreich) statt, um die Arbeit des Kabinettsausschusses, der Task Force sowie von konex vorzustellen und Best-Practices für die Bekämpfung von Hasskriminalität auszutauschen. Im März 2023 wurde eine Bund-Länder-Umfrage zu Maßnahmen der Hasskriminalität durchgeführt, in der verschiedene Best-Practice der Länder erhoben wurden. Für das 2. Quartal 2024 ist ein zweitägiger Bund-Länder-Austausch in Stuttgart in Vorbereitung, der einzelne der genannten Maßnahmen vorstellen und zugleich das deutschlandweite Netzwerk ausbauen soll. Unabhängig davon war im Oktober 2023 ein Austausch mit Polizei und Justiz in Bayern vorgesehen, der jedoch aufgrund der Lage im Nahen Osten auf Februar 2024 verschoben werden musste.

- Stärkung der Resilienz von Amts- und Mandatstragenden gegen Hass und Hetze

Gewalt, Hass und Hetze gegen Amts- und Mandatstragende stellen ein gesamtgesellschaftliches Problem und eine massive Gefahr für die Demokratie als solche dar. Am 28. Februar 2023 fand eine Sondersitzung des Kabinettsausschusses zur Erarbeitung von weiteren Handlungsfeldern für den Schutz von Amts- und Mandatstragenden statt. Des Weiteren wurde die ZAMAT um ein psychosoziales Beratungsangebot ergänzt. Die Informationslage wird durch verschiedene Anschreiben und Bereitstellung von Informationsmaterialien verbessert. Im Jahr 2024 ist zudem gemeinsam mit der Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW) und den KLVen ein Fachtag zum Thema „Gewaltprävention“ geplant.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

- Maßnahmen der Medienbildung durch Schulen, insbesondere in Bezug auf die Themen „Hass und Hetze“

Zur fortgesetzten Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern zu den Themen Hass und Hetze wird die Kampagne „Bitte Was!? – RespektBW“ fortgeführt und mit Informations- und Sensibilisierungsangeboten auf einer eigenen Homepage, verschiedenen Social-Media-Plattformen, Messen und Events begleitet. Zudem wurde von November 2022 bis Mai 2023 die Online-Challenge „#ZeichenSetzen“ für ein friedliches gesellschaftliches Miteinander durchgeführt. Eine Ergebnisseite wurde auf der Homepage der Kampagne veröffentlicht. Ergänzend wurden 51 Workshops, Fortbildungen und Informationsveranstaltungen mit insgesamt 1 790 Teilnehmenden ausgerichtet. Darüber hinaus wurden Pädagoginnen und Pädagogen durch die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien unterstützt, unter anderem zu den Themen „Desinformationen in den sozialen Medien“ und „Antisemitismus“. Die Kampagne „Bitte Was!? – RespektBW“ wird in der bewährten Form auch wieder im Schuljahr 2023/2024 fortgeführt.

- Leitfaden Demokratiebildung mit Zertifikatskurs Demokratiebildung „Schule für Demokratie“

Seit dem neuen Schuljahr wird ein passgenaues Fortbildungskonzept „Zertifikatskurs Demokratiebildung Schule für Demokratie“ zur nachhaltigen Implementierung des Leitfadens Demokratiebildung an Schulen in Baden-Württemberg angeboten. Zielgruppen sind Schulleitungen, Kollegien und Lehrkräfte. Unter diesem Konzept versammeln das ZSL und die LpB vielfältige Fortbildungsangebote zu allen Handlungsfeldern schulischer Demokratiebildung (Angebotspool). Lehrkräfte (unabhängig von Fach- und Schulart) sowie Schulleitungen können flexibel und bedarfsorientiert aus dem Angebotspool auswählen. Als besonderer Anreiz des neuen Konzepts können die Lehrkräfte das „Zertifikat Demokratiebildung“ erwerben. Langfristig soll mit den Absolventinnen und Absolventen des Zertifikatskurses ein Netzwerk von Ansprechpersonen an den Schulen entstehen, welches durch jährliche, von ZSL und der LpB alternierend organisierten, Netzwerktreffen verstetigt wird.

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

- Stärkung des Frauenhilfe- und Unterstützungssystems für die Herausforderungen durch geschlechtsspezifische digitale Gewalt

Zur Stärkung des Frauenhilfe- und Unterstützungssystems wurde in Bezug auf die Istanbul-Konventionen im November 2021 die Förderlinie „Digitale Gewalt“ initiiert, die im 2. Quartal 2023 auslief. Durch zusätzliche Fortbildungen zum Thema „Gewalt im Netz“ wurden Fachberatungsstellen sowie u. a. Frauen- und Kinderschutzhäuser zusätzlich für das Thema sensibilisiert und qualifiziert. Eine Fortführung wurde in Form eines E-Learning-Kurses und einer Homepage bewilligt. Parallel wurde im November 2021 die Koordinierungsstelle „Digitale Gewalt“ für die Förderlinie bei Frauen helfen Frauen e. V. Heidelberg angesiedelt. Weiterhin wird das Thema in Form von E-Learning Kursen, Fachveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zusätzlich gefördert und in verschiedenen Gremien sowie auf verschiedenen politischen Ebenen eingebracht. So wird das Thema unter anderem in der GMFK (Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz) präsent diskutiert.

- Bekämpfung von Antifeminismus in Form von frauenfeindlicher Gewalt

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg fördert zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und von Berufsgruppen seit 1. November 2022 das Modellprojekt „resa – Fortbildungen zum respektvollen Beistand“. Das Frauenberatungs- und Therapiezentrum Stuttgart e. V. ist in diesem Kontext beauftragt, Fortbildungen für Fachexpertinnen und -experten aus den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit und der Privatwirtschaft zu dem Thema Gewalt gegen Frauen zu entwickeln und diese bis April 2024 durchzuführen.

Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg

- Stärkung der (digitalen) Resilienz von Justizbehörden

Auch Justizbehörden und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zunehmend unterschiedlichen Formen konfrontativer, aggressiver Kommunikation sowie digitalen Anfeindungen in den sozialen Medien ausgesetzt. Es bedarf Techniken und Strategien, um auf diese oftmals beleidigenden und bedrohlichen Angriffe und Kampagnen souverän und erfolgreich zu reagieren. Im Rahmen von praxisorientierten Fortbildungsveranstaltungen für Behördenvertreter, insbesondere Pressesprecher/-innen von Gerichten und Staatsanwaltschaften soll unter fachkundiger Anleitung der Umgang mit analogen und digitalen Fällen von Hass und Hetze thematisiert, erfolgversprechende Techniken und (Gegen-)Strategien vermittelt sowie über Handlungs- und Unterstützungsmöglichkeiten informiert werden.

Task Force gegen Hass und Hetze

- Erstellung eines einheitlichen Mustervortrags zum Thema Hasskriminalität bzw. Hass und Hetze

Die Task Force entwickelt einen Mustervortrag zur strategischen und operativen Ausrichtung der Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz. Dieser soll landesweit für Vortragsanfragen genutzt werden können.

- Schulprojekt „Jüdisches Leben in Deutschland“

Für Anfang 2024 ist ein Schulwettbewerb zum Thema „Jüdisches Leben in Deutschland – Eine Quelle der Bereicherung“ geplant. Ziel ist die positive Reflektion der jüdischen Kultur, um so antisemitischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Zusätzlich zu den formalen Arbeitspaketen befinden sich vielseitige Maßnahmen bzw. Aktivitäten bei der „Task Force gegen Hass und Hetze“ in Vorbereitung bzw. Planung. Schwerpunkte sind dabei Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (behördenintern und -extern), der Sensibilisierung sowie des Netzwerkauf- und -ausbaus im Sinne auch der Nutzung von Synergieeffekten. Beispielhaft können genannt werden:

- Umsetzung externer Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung für die Website der „Initiative Toleranz im Netz“ mittels Transparenten in der Kommune Weinstadt und mittels Besetzung von allen 107 Fernschirmen des Flughafens Stuttgart ab Dezember 2023;
- Teilnahme am Fachtag der Generalstaatsanwaltschaft München zum Thema „Hate-Raids“ am 25. Januar 2024;
- Folgeseminar des europäischen Netzwerktreffens von 14 Nationen im Bereich der strukturierten Kampagnenarbeit gegen Hasskriminalität und Hassrede im Frühjahr 2024. Ausrichter ist die Europäische Agentur für Menschenrechte. Die Task Force nimmt als Vertreter für Deutschland teil.

6. wie sie die Bilanz und Perspektive der Arbeit des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ zur Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode insgesamt beurteilt bzw. einschätzt;

Zu 6.:

Die anhaltenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen (z. B. die COVID-19-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, Nahost-Konflikt) wirken wie ein Katalysator auf die Entwicklung der Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), die fortwährend einer hohen Dynamik unterworfen sind. Auch laut der im September 2023 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten jüngsten Ausgabe der sogenannten Mitte-Studie mit dem Titel „Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023“ befindet sich die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wieder auf einem hohen Niveau.

Die dargestellten abgeschlossenen, in Bearbeitung oder in Planung befindlichen Arbeitspakete und Aktivitäten zeigen die Vielfältigkeit und Bandbreite der Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass und Hetze, die im Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ ergriffen wurden bzw. werden. Dabei hat sich die ressortübergreifende Zusammenarbeit sowohl im Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ als auch in der professionübergreifenden Zusammenarbeit der „Task Force gegen Hass und Hetze“ vollumfänglich bewährt. Gleichwohl bleibt die Bekämpfung von Hass und Hetze eine gesamtgesellschaftliche (Dauer-)Aufgabe, sodass die in Planung befindlichen Maßnahmen und Aktivitäten auch weiterhin mit einem großen Engagement vorangetrieben werden müssen.

Künftig bildet auch die Stärkung und der Ausbau bestehender Netzwerke einen wesentlichen Handlungsschwerpunkt in der Arbeit des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen